

Deutschland hat Zukunft – 100 Jahre Frauenwahlrecht

Montag, 20.05.2019 um 18:30 Uhr

Hotel Bayerischer Hof, Königssaal

Promenadeplatz 2-6, 80333 München

Begrüßung

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Schreyer,
sehr geehrte Frau Fraktionsvorsitzende Schulze,
sehr geehrte Frau Professorin Münch,
sehr geehrte Frau Jäger,
sehr geehrte Frau Mojr,
sehr geehrte Frau Tekkal,
meine Damen und Herren,
herzlich willkommen zu unserem Deutschland-
hat-Zukunft-Kongress.

Ich freue mich sehr, dass Sie hier sind.

Ich will mit einer Zahl beginnen: Bei der
bevorstehenden Europawahl sind in
Deutschland 33,2 Millionen Frauen
stimmberechtigt.

Das ist sicherlich keine große Nachricht, aber
Folge einer großen Errungenschaft, die vor
100 Jahren ihren Ausgang nahm.

Es mag Sie überrascht haben, dass wir als bayerische Wirtschaft eine Veranstaltung zur Geschichte des Frauenwahlrechts auf die Beine stellen.

Denn das Thema ist eigentlich, um es einmal in der weiblichen Form zu sagen, eine Domäne

- der Historikerinnen,
- der Politologinnen,
- der Frauenrechtlerinnen,
- und der Frauenverbände.

Doch wenn wir uns die immer größer werdende Bedeutung der Frauen für unser Gemeinwesen vergegenwärtigen, dann liegt es auf der Hand, dass auch die Wirtschaft das Thema in den Fokus rückt, ja rücken muss.

Das neu gewonnene Wahlrecht im Jahr 1919 war nicht nur ein Meilenstein in der Geschichte der Demokratie in Deutschland. Es war auch eine Initialzündung für den gesellschaftlichen,

politischen, aber eben auch wirtschaftlichen Aufstieg der Frauen in Deutschland.

Als vbw machen wir uns für die Fortsetzung dieser Erfolgsgeschichte stark.

Das hat unterschiedliche Gründe.

Zunächst einmal vertreten wir einen Wertekanon, zu dessen Grundsätzen die Gleichbehandlung von Mann und Frau gehört.

Das ist – und muss – im Jahr 2019 selbstverständlich sein.

Unabhängig davon sprechen aber auch ökonomische Gründe dafür, Frauen in der Arbeitswelt zu stärken.

Unsere Studie Arbeitslandschaft 2025 zeigt, dass in sechs Jahren deutschlandweit eine Fachkräftelücke von 2,9 Millionen Personen klafft. Für Bayern rechnen wir mit 350.000 fehlenden Arbeitskräften.

Um diese Lücke zu schließen und negative wirtschaftliche Folgen abzuwenden, müssen wir insbesondere

- die Erwerbsbeteiligung von Frauen steigern
- und das vorhandene Arbeitszeitpotenzial besser ausschöpfen – zum Beispiel indem weibliche Teilzeitkräfte ihre Arbeitszeit aufstocken.

Als vbw sind wir ganz grundsätzlich der Ansicht: Die Wirtschaft muss weiblicher werden.

Wir brauchen mehr Frauen in der Arbeitswelt, die den Standort Bayern und Deutschland mit ihren Kompetenzen voranbringen.

Meine Damen und Herren,

bis vor 100 Jahren wurden Frauen in Deutschland vom Wählen abgehalten.

Ihre Rechte wurden unterdrückt, ihr Wunsch nach Gleichberechtigung verspottet.

Frauen, so hieß es noch vor 100 Jahren in abstrusen Abhandlungen, seien geistig minderbemittelt und leicht beeinflussbar.

Mit Ihrem hartnäckigen Kampf um das Wahlrecht haben mutige Frauen in Deutschland den männlichen Besitzstandswahrern die Stirn geboten – und einen Stein ins Rollen gebracht.

Das Frauenwahlrecht war gleichsam die Startrampe für die weibliche Emanzipationsbewegung, auf dem Weg zur Gleichberechtigung weiter voranzukommen.

Frauen haben sich seitdem Schritt für Schritt die gleiche gesellschaftliche und rechtliche Anerkennung erkämpft, die Männern schon immer zuteil wurde.

Artikel 3 Absatz 1 des Grundgesetzes erhob die Gleichberechtigung von Mann und Frau in den Verfassungsrang.

Seit 1949 sind über 100 Gesetze mit frauenrelevantem Bezug verabschiedet worden. Ich nenne ein paar Beispiele, die auch den mühsamen Weg hin zur praktischen Gleichberechtigung dokumentieren.

- Erst seit Beginn der 1960er Jahre ist es Frauen erlaubt, ohne Zustimmung des Ehemannes, ein eigenes Konto zu führen.
- Erst ab 1977 durften Frauen auch ohne Erlaubnis des Ehemanns arbeiten.
- 1994 wurde das Gleichberechtigungsgebot im Grundgesetz dahingehend erweitert, dass nun der Staat zur Beseitigung bestehender Nachteile und Diskriminierungen von Frauen verpflichtet wurde.

Das zeigt, dass wir bei der Gleichstellung von Frauen seit 1919 weit vorangekommen sind.

Am Ziel sind wir aber noch lange nicht.

Als vbw halten wir es beispielsweise für sehr erstrebenswert, dass die Partizipation von Frauen in der Politik verbessert wird:

- Von mehr als 2.000 Bürgermeistern in Bayern sind nicht einmal zehn Prozent weiblich.
- Im Bayerischen Landtag ist der Frauenanteil mit knapp 27 Prozent so niedrig wie vor 20 Jahren.
- Und auch der Deutsche Bundestag hat einen Rückschritt vollzogen: Nach der Wahl 2017 sank der Frauenanteil dort von 36,5 auf 30,7 Prozent.

Diese Zahlen zeigen: Wir haben in der politischen Teilhabe von Frauen Nachholbedarf.

In der Arbeitswelt hat sich die Erwerbsbeteiligung von Frauen hingegen positiv entwickelt.

Von 2010 bis 2017 stieg sie

- deutschlandweit von 69,7 Prozent auf 75,2 Prozent
- und bayernweit von 71,8 Prozent auf 77,6 Prozent.

Mit dem Anteil von Frauen in Führungspositionen können wir allerdings noch nicht zufrieden sein.

Deutschlandweit liegt er bei knapp 30 Prozent, und das ist nicht genug.

Denn auch das ist Fakt: Wir hatten noch nie so viele gut ausgebildete Frauen wie heute! Wir müssen sie jetzt auch an Schlüsselstellen bringen!

Ich sage es aus eigener Erfahrung und aus tiefer Überzeugung: Wo Frauen in Spitzenpositionen mitwirken, sind die Entscheidungen besser als ohne sie!

Um eine noch bessere Teilhabe von Frauen an der Arbeitswelt zu erreichen, muss die gesamte Gesellschaft ihren Beitrag leisten.

Dazu gehört übrigens auch, tradierte Rollenbilder zu hinterfragen. So könnte man mehr junge Frauen für „typische“ Männerberufe gewinnen, etwa im MINT-Bereich.

Den Schlüssel für eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen und einen höheren Anteil von Frauen in Führungspositionen halten aber Staat und Politik in der Hand.

Sie müssen eine bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Infrastruktur für Kinderbetreuung und Pflege schaffen und so die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen!

Es kann nicht sein, dass arbeitswillige Frauen von einer Erwerbstätigkeit abgehalten werden,

weil Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder fehlen.

Hier ist zuletzt zwar Einiges vorangekommen – vor allem im Kita-Bereich und besonders bei uns in Bayern.

Aber wir müssen noch besser werden: Das betrifft insbesondere den bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagschulen und die Öffnungszeiten im Kita-Bereich.

Wenn Betreuungseinrichtungen ihre Pforten um 17 Uhr oder gar noch früher schließen, dann ist das vor allem für Frauen mit Führungsambitionen eine echte Karriere-Bremse.

Schließlich ist auch die Wirtschaft gefordert. Ich betone an dieser Stelle aber: So gut wie alle Betriebe in Deutschland stellen für ihre Beschäftigten familienfreundliche Angebote bereit.

Sie helfen beim Wiedereinstieg nach einer Kinderpause, sie unterstützen bei der Organisation der Kinderbetreuung und der Pflege von Angehörigen. Und sie ermöglichen flexible und familienfreundliche Arbeitszeiten.

Auch wir Verbände leisten seit vielen Jahren unseren Beitrag, um Frauen zu unterstützen, um Frauen zu stärken.

Das geschieht mit einer ganzen Reihe an Modellprojekten und Services für unsere Mitgliedsunternehmen.

- Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind wir mit einer Vielzahl an Projekten aktiv. Ich nenne exemplarisch nur die „Plattform Betreuung“ und den „Familienpakt Bayern“.
- Zudem unternehmen wir große Anstrengungen, Mädchen und junge Frauen für technische Berufe zu begeistern. Ich erwähne beispielhaft nur

- die Mädchen-für-Technik-Camps, die Forscherinnen-Camps und unsere Girls'-Day-Akademie.
- Darüber hinaus haben wir das Projekt „Frauen in Führungspositionen“ ins Leben gerufen. Es gibt Impulse zur Karriereplanung.
 - Gemeinsam mit der bayerischen Staatsregierung und der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit planen wir außerdem ein Projekt zur besseren Integration von Frauen mit Migrationshintergrund in den bayerischen Arbeitsmarkt.

Meine Damen und Herren,

seit 100 Jahren gibt es in Deutschland ein Frauenwahlrecht.

Es darf keine weiteren 100 Jahre dauern, bis wir das Ziel der vollständigen Gleichberechtigung der Frauen in unserer Gesellschaft erreichen.

Vielen Dank.